

Weg mit den Verboten von DHKP-C und THKP-C!

Die Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) sowie die Türkische Volksbefreiungspartei/-front Revolutionäre Linke (THKP-C) waren in Deutschland jahrelang als "Nachfolgeorganisationen" der 1983 verbotenen Gruppe Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) automatisch illegalisiert, bis der Bundesgerichtshof erklärte, es handele sich nicht um bloße Nachfolger, sondern um Organisationen, die nach ihrer Spaltung Anfang der 90er eigene Strukturen entwickelt hätten. Daraufhin erließ Kanther Anfang August 1998 Verbote gegen diese beiden Parteien mit der Begründung, sie würden sich in Deutschland gegenseitig bis hin zu Morden bekämpfen. "Generalbundesanwalt Kay Nehm ermittelt deshalb wegen des Verdachts der Gründung und Unterstützung terroristischer Vereinigungen" (SZ 14./15./16.08.1998), d.h. auf der Grundlage des Paragraphen 129a StGB.

Als TrotzkiistInnen lehnen wir Gewalt in der Linken und Arbeiterbewegung entschieden ab. Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung ist Bedingung für die notwendige politische Klärung von Perspektiven und Prinzipien des Klassenkampfes sowie den Aufbau einer revolutionären Führung. Wir teilen weder Programm noch Methode dieser Organisationen, deren Ideologie eine Mischung aus Stalin, Mao und Che Guevara ist, und damit dem Sieg der proletarischen Revolution entgegensteht.

DHKP-C und THKP-C müssen jedoch von der Arbeiterbewegung in Deutschland und weltweit gegen die Herrschenden verteidigt werden. Es ist bezeichnend, wenn der deutsche NATO-Partner des türkischen Terrorregimes türkische Linke als Terroristen verfolgt. Dieses Verbot ist ein weiterer Schritt zur Unterdrückung aller ImmigrantInnen in Deutschland. Mit ihren Einschüchterungsversuchen will die bürgerlich-demokratische BRD alle eingewanderten Linken mundtot machen und schließlich ihren Widerstand brechen. Jeder Erfolg gegen die türkische Linke wird den Staat ermuntern, noch härter gegen alle Linken vorzugehen. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle: Hoch die internationale Solidarität!

In diesem Sinne beteiligten sich UnterstützerInnen der Gruppe Spartakus im vergangenen Jahr in Duisburg an der Verteidigung linker kurdischer und türkischer Kulturvereine gegen Polizeiübergriffe (siehe *BOLSCHEWIK* 10). Auf einer Demonstration, an der neben den Kulturvereinen auch der BIK und UnterstützerInnen der SpAD teilnahmen, waren wir die einzige Gruppe, die offen forderte: "Weg mit den Verboten von PKK, DHKP-C!" und "Volle Staatsbürgerrechte für alle EinwandererInnen!".

Weg mit den Paragraphen 129/129a StGB!